© freiburger-nachrichten.ch 23-11-2026

swissdox.ch

MB

Freiburg

Der Justiz fehlen die Deutschsprachigen

Gerichte, Oberämter, Anwaltskanzleien und Kanton haben immer mehr Mühe bei der Suche nach deutschsprachigen Praktikantinnen und Praktikanten. Die Gründe sind vielschichtig.

Carine Meier

«Wir haben nur sehr wenige Bewerbungen», sagt Peter Stoller, Richter am Bezirksgericht See. Seit einiger Zeit sei es immer schwieriger für das Gericht, deutschsprachige Praktikantinnen und Praktikanten zu finden. Er ist nicht der Einzige mit dieser Beobachtung. Deutschsprachige Behörden, Anwaltskanzleien und Ämter scheinen alle gleichermassen Mühe zu haben, zeigt eine Umfrage unter Betroffenen. Es sei «zeitweise sehr schwierig gewesen», bestätigt etwa Nicholas Bürgy, Chef-Gerichtsschreiber am Bezirksgericht Sense. Aktuell seien die Stellen aber bis 2028 wieder besetzt. «Wir haben Rückmeldungen von anderen Kanzleien, dass sich keine deutschsprachigen Praktikanten und Praktikantinnen mehr bewerben würden», sagt auch der Deutschfreiburger Rechtsanwalt Marco Schwartz, dessen Kanzlei selbst jedoch derzeit alle Plätze besetzen kann.

Wir haben Rückmeldungen von anderen Kanzleien, dass sich keine deutschsprachigen Praktikanten und Praktikantinnen mehr bewerben würden.

Der Eingang zum Kantonsgericht in Freiburg. Aldo Ellena

Image

Zweisprachigkeit als Herausforderung

Und auch die Freiburger Staatsanwaltschaft kennt die Problematik. «Als kantonale Behörde setzen wir quasi Zweisprachigkeit voraus, das erschwert die Suche natürlich weiter», erklärt die stellvertretende Generalstaatsanwältin Christiana Dieu-Bach. Sie vermutet, dass heute vielleicht weniger deutschsprachige Jus-Studierende die Anwaltsprüfung im Kanton Freiburg ablegen wollen. Und, dass die Universität Freiburg allgemein weniger deutschsprachige Studierende hat. «Wir waren kürzlich an einem Info-Anlass mit der Staatsanwaltschaft präsent und es waren fast nur Französischsprachige da», so Dieu-Bach.

Schwierig sei nicht nur die Suche nach Praktikantinnen und Praktikanten. Auch Sekretariatspersonal sei schwer zu finden. «Wir haben kürzlich fast ein Jahr gesucht. Wir hatten sehr wenige Bewerbungen und davon mehrere Absagen.» Gerichte, Oberämter, Anwaltskanzleien und die verschiedenen Ämter des Kantons sässen alle im selben Boot. «Unsere Löhne sind im Vergleich zu Bern tiefer», ist Dieu-Bach überzeugt.

Wir haben kürzlich fast ein Jahr gesucht.

Dies stimme zwar bei Praktikumslöhnen an den Gerichten. Die Mindestlöhne für Anwaltspraktikantinnen und -praktikanten sind aber nahe an jenen in Bern. Auch die Berner Staatsangestellten würden ähnlich entlöhnt wie jene in Freiburg, weiss Basile Cardinaux, Professor am Lehrstuhl für Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht der Universität Freiburg und seit einem Jahr Mitglied des kantonalen Justizrates. In Kantonen mit einer stärkeren Wirtschaftskraft wie beispielsweise Zürich oder Basel seien die Löhne merklich höher.

«Bei uns können Praktikantinnen und Praktikanten von ihrem Lohn gerade noch leben, aber dabei nichts auf die Seite legen», so Cardinaux. Und gerade für die Vorbereitung auf die Anwaltsprüfung brauchen Angehende ein gewisses finanzielles Polster, damit sie sich während mehreren Monaten voll und ganz auf die Examen konzentrieren können. «Das Examen gilt in Freiburg zudem als eher anspruchsvoll», meint Cardinaux. Auch das könne junge Menschen dazu bewegen, ihre Praktika und die anschliessende Prüfung in einem anderen Kanton zu machen.

Basile Cardinaux ist Professor am Lehrstuhl für Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht der Universität Freiburg. zvg

Image

Keine Zentralschweizer mehr

Der Professor sieht im kleiner gewordenen Rekrutierungsbecken einen weiteren Grund, weshalb sich heute weniger Kandidatinnen und Kandidaten für juristische Praktikumsstellen im Kanton Freiburg bewerben. «In den letzten 15 Jahren hat die Fakultät einen Rückgang bei den deutschsprachigen Studierenden aus anderen Kantonen erlebt», erklärt er. Hauptgrund sei die in den 2000er-Jahren neu eröffnete Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Luzern. «Vorher sind viele Junge aus der katholischen Innerschweiz für das Studium nach Freiburg gekommen und teils hier hängen geblieben.» Auch die Möglichkeit, zweisprachig zu studieren, ziehe heute weniger Menschen nach Freiburg, als früher. Immerhin: «Die Deutschfreiburgerinnen und Deutschfreiburger bleiben uns treu», so Cardinaux.

In den letzten 15 Jahren hat die Fakultät einen Rückgang bei den deutschsprachigen Studierenden aus anderen Kantonen erlebt.

Gemäss Basile Cardinaux ist der Mangel an deutschsprachigen Juristinnen und Juristen im Kanton Freiburg daher nicht ausgeprägt. Meistens würden die Stellen schlussendlich doch besetzt. In Zukunft könne sich der Mangel aber akzentuieren – und zwar aufgrund des demografischen Wandels. Mit den geburtenschwächeren Jahrgängen und der Pensionierung der Babyboomer dürfte auch im Justizwesen der Personalmangel zunehmen.

Weniger Praktikumsstellen

Das zeichne sich teilweise jetzt schon ab, weiss Rechtsanwalt Marco Schwartz. «In den letzten Jahren ist eine Vielzahl an Praktikumsleiterinnen und -leitern in den Ruhestand getreten oder hat hinsichtlich der Pensionierung entschieden, keine Praktikantinnen oder Praktikanten mehr auszubilden», meint er. Mehr Studienabgängerinnen und -abgänger würden sich daher nach Bern orientieren, wo mehr Stellen ausgeschrieben seien, vermutet er. Zur Verbesserung der Situation müsse sich der Kanton Freiburg grundsätzlich um seine Standortattraktivität bemühen.

Die Gerichte sind stark auf leistungsfähige Praktikantinnen und Praktikanten angewiesen.

Fakt ist nämlich auch, dass die Gerichtsbehörden im Kanton Freiburg stark belastet, wenn nicht überbelastet sind (wir berichteten). «Die Gerichte sind stark auf leistungsfähige Praktikantinnen und Praktikanten angewiesen», betont Basile Cardinaux. Die anstehende Justizreform zielt nun darauf ab, die Ressourcen beim Gerichtspersonal effizienter einzusetzen. Das bringe Chancen, aber auch Risiken mit sich. «Wenn sich die Gerichte spezialisieren, werden die jungen Leute ihre Gerichtspraktika vielleicht an mehr als einem Gerichtsstandort verbringen müssen, um im Hinblick auf das Anwaltsexamen in mehreren Rechtsbereichen Erfahrung zu erwerben.» Ob die Entwicklung in diese Richtung gehe und wie sich dies gegebenenfalls auf das Interesse an deutschsprachigen Praktikumsstellen im Kanton auswirke, zeige sich jedoch erst, wenn das neue System umgesetzt sei.

Der Kanton spürt den Rückgang

«Nach unseren Beobachtungen gestaltet sich die Rekrutierung von deutschsprachigen beziehungsweise vollständig zweisprachigen Mitarbeitenden allgemein schwierig. Diese Herausforderung ist nicht auf den juristischen Bereich beschränkt», bestätigt Fabrice Gaudiano, Mediensprecher der Finanzdirektion des Kantons auf Anfrage. Der Direktion ist das Personalamt für die Staatsangestellten unterstellt. So gingen auch dort bei Stellenausschreibungen, die gezielt deutschsprachige Mitarbeitende suchen, nur «eine sehr geringe Anzahl» von Bewerbungen ein.

Die Direktion vermutet vor allem zwei Hauptgründe für dieses Phänomen. «Wir stehen im Wettbewerb mit Arbeitgebern wie der Eidgenossenschaft und dem Kanton Bern, deren Anstellungsbedingungen für gewisse Bewerberinnen und Bewerber besonders attraktiv sein können.» Zudem seien die meisten Stellen für Deutschsprachige dennoch in einem französischsprachigen Umfeld angesiedelt. Dies könnte auch abschreckend wirken.

Französischsprachiges Personal findet der Staat Freiburg momentan ohne besondere Schwierigkeiten. Das gilt aber nicht ganz für alle Bereiche. «Seit einigen Jahren beobachten wir, dass sich die Rekrutierung von Rechtspraktikantinnen und Rechtspraktikanten sowie von Gerichtsschreiberpraktikanten zunehmend schwieriger gestaltet.»

Studieren Sie oder haben Sie an der Universität Freiburg Recht studiert? Schreiben Sie uns an redaktion@wirfreiburg.ch, wieso Sie sich gegen ein Praktikum oder einen Job im Kanton Freiburg entschieden haben.